Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 30 (1940)

Heft: 6

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Rein Land will Weltfriegsschanplat werden

Wir haben in der vergangenen Woche zwei auffällige Erscheinungen zu notieren, die uns beweisen, wie groß die Ungst, Schauplatz der neuen Weltfriegsschlachten zu werden, allenthalsben sei; wer in Gefahr zu sein scheint, sucht verzweiselt nach Bewahrungsmöglichkeiten ... wen das Feuer schon brennt, spähinach Wegen zur Abkürzung des Leidens.

Die eine Erscheinung, an die wir denken, liegt in den Aeußerungen der obersten finnischen Staatsslenker... Aeußerungen, aus denen man sortgesetzt Friedenssangebote herauslesen kann. Hört man ganz genau hin, so iönen Barnungen an Stalin aus diesen Reden des Staatspräsidenten Kallio und des Regierungspräsidenten Kyti. Wovor warnt Kyti? Man höre gut zu. "Der sinnisch-russische Kriegkönnte früher beendet sein als der Weltkrieg. Wenn er aber lange andauern sollte, würde er ein Teil des Weltkrieges werden ..."

Das heißt sehr einfach: Schließt Rußland mit Finnland einen Frieden, der die Rechte der kleinen Republik achtet, dann entgeht es einem Angriff auf seine eisfreie Murmanküste. Es erfolgt keine Landung der Alliierten in Murmansk. Finnland wird garantieren, daß keine wirklichen Angriffe des "inter-

nationalen Kapitalismus" erfolgen.

Dem ruffischen Bolte wird bekanntlich von seiner dirigierten Regierungspresse weisgemacht, Finnland stehe im Solde der britischen und amerikanischen Hochfinanz, die nichts weiter bezwecken, als den "ersten sozialistischen Staat der Welt" zu vernichten. Die "Weißfinnen" stellten die erste Abteilung der "Interventionsarmee" dar. Ein heiliger Krieg des roten Rußland sei im Gange ... ein von Stalin nicht gewollter Lertei= digungskrieg. Als Antwort rufen die finnischen Führer von Helsinki hinüber: "Es stimmt nicht! Finnland graut vor der Möglichkeit, Ausgangsland für jenen konterrevolutionären Interventionskrieg zu werden. Finnland möchte das Netz abschütteln, in welches Stalins Ueberfall und die Notwendigkeit, internationale Hilfe anzufordern, es langsam verstricken. Finnland möchte "draus kommen ...", und wenn Rußland die bösen Bor-Beichen versteht, so wird es ebenso versuchen, den Kopf aus der Shlinge zu ziehen, solang es noch möglich ist.

Die erhöhten Anstrengungen der ruffischen Urmeeleitung, besonders auf der farelischen Landenge und auf der Nordseite des Ladogasees Boden zu gewinnen und vielleicht durchzubrechen, sprechen bisher nicht dafür, daß Stalin diese finnischen Warnungen begriffen hätte. Seine Unterschätdung des Gegners scheint einer verbiffenen Entschloffenheit du weichen, und bementsprechend wird nun militarisch "ernsthafter gearbeitet". Woroschisow, der Kriegsminister, geht selbst an die Front. Die Berfäumnisse der von Korruption zerfressenen Intendantur werden streng geahndet ... es werden einige Schuldige erschossen als Suhne für die Zehntausende Erfrorner. Beffer genährte und gefleidete Ginheiten ericheinen vor der finnischen Front. Bor allem aber wütet die Luftwaffe täglich über den finnischen Städten. Wiborg ist ein Trümmerhaufen, Ubo besgleichen, gablreiche fleine Städtchen rauchen ... die Spifaler füllen fich mit Berlegten, die Toten mehren fich, der Spott über die Flieger, die nichts treffen, hört auf, wenn man von halben und gangen Hunderten Getroffener vernimmt; das Birtschaftsleben leidet von Woche zu Woche mehr. Man überlege: Es fliegen täglich vierhundert oder mehr Flugzeuge über

das kleine Land ... die gezählten Bombenabwürfe machen jede Woche 6000 oder mehr aus; die zerktörten Gebäude zeigen die fortschreitende Ruinierung des Landes an; geht es nochmals zwei Monate so weiter, dann nähert man sich furchtbaren Zuständen

Die internationale Brigade, die in Finnland ihre Einheiten formt, weist im Einverständnis mit den Finnen die Teilnahme schwedischer Nationalsozialisten ab. Auch dies fann als Mahnung an Stalin gewertet werden, das sinnische Bolk nicht zu verwechseln mit jenen, die den antibolschewistischen Kreuzzug planen, oder mit den alliierten Generälen, die nach Möglichteiten suchen, Rußlands Energien irgendwo zu binden und an der Unterstützung des Dritten Reiches zu hindern. "Seht ... wir weisen die ideologischen Gegner Rußlands aus unsern Keihen ..." (Man kann freilich auch annehmen, die Finnen seien so weit, zwischen "Nationalsozialist" und "Bolschewist" keinen Unterschied zu machen und trachteten danach, sich Spione vom Hals zu halten.)

Anders als den Finnen scheint es den Staaten des Balkanbundes gelungen zu sein, die Formel zu sinden, die den Einbruch von außen abbremst. Ihre Anstrengungen sind im Grunde genau die gleichen wie die der Finnen. Das geht vor allem auf Rumänien. König Carol muß es darum zu tun sein, den Deutschen und Russen zu sagen: "Seid so klug und laßt uns in Ruhe! Wir werden an einem Angrissauf euch nicht teilnehmen. Wenn ihr unsere Grenzen achtet, gibt es keine alliierten Angrisssarmeen im Südosten ..." Zum Beweis für die rumänische Loyalität werden dem Dritten Keiche vermehrte Rohstofflieserungen zugestanden ... wir haben das schon sestgestellt und in seiner grundlegenden Bedeutung gewürdigt.

Es scheint nun, daß diese rumänische Haltung an der Belgrader Konferenz den Ausschlag gegeben und die Form der gefaßten Beschlüsse entschlag gegeben und die Form der gefaßten Beschlüsse entschlage habe. Die vier Staaten verfünden die Erneuerung des Bundes sür weitere sieben Jahre, die allseitige Neutralität, die unbedingte Entschlössenheit, nach allen Seiten hin parteilos zu bleiben. Bonrumänischen Gebietsabtretungen an Ungarn oder Bulgarien ist nicht die Rede. Der rumänische Außenminister Gafencu soll mit deutschen Garantien gedroht haben für den Fall, daß Türken und Jugoslaven solche Abtretungen verlangen sollten.

In Paris und London registriert man den veränderten rumänischen Kurs mit Unbehagen. Die Kleinen im Südosten sträuben sich, eine deutsche oder russische Invasion durch Hinnahme der britischen wirtschaftlichen Kriegführung zu provozieren. Gerade dieses Sträuben scheint ihnen das Furchtbare ersparen zu können.

Japan und China in der großen Rechnung.

Frage: Wird England, wenn es sich einmal entschlossen hat, Stalin und Hitler als untrennbar zu betrachten, wenn es die Notwendigkeit, beide zu schlagen, auch in seinen Kriegsmethoben demonstriert, wird dieses entschlossene England versuchen, auch Japan auf Rußland loszulassen? Wird es ihm empsehlen, Wladiwostock zu nehmen, die sibirische Küste zu erobern, in die äußere Wongolei einzusallen?

Wir glauben, daß alle Anzeichen, die auf derartige Planc Londons gedeutet wurden, trügen. Daß England fich weder vorstellt, seinen alten Berbündeten, den Mikado, wieder zu gewinnen, noch seine Generäle gebrauchen zu können, wie es der alliierten Sache dienen würde. Warum dieser Verzicht auf die anscheinend natürlichste Allianz? Warum dieses Weiterlavieren, dieses "Nichtrechnen mit Tokio"?

Es mag sein, daß man Japan als abgekämpst ansieht und ihm nicht mehr zutraut, den Sprung nach Wladiwostock ersolgreich durchzusühren, und daß man sich deswegen gar nicht schut, die Tosioter Machthaber vor den Kopf zu stoßen, wie dies in der Asama Maru-Affäre geschah: Man verhastete auf dem japanischen Schiffe dieses Namens deutsche Passagiere und führte sie trot der japanischen Proteste als Kriegsgesangene ab; in den nachfolgenden Verhandlungen bestanden die Engländer auf ihren Rechten und setzen praktisch ihren Standpunkt durch ... man könnte sagen, "ohne Kostensolge" ... denn Japan veranslaßte seine Schiffskapitäne, auf weitere Besörderung deutscher Passagiere zu verzichten.

Es mag aber auch sein, daß man sich heute einen japanischen Angriff auf Rußland aus einem ganz andern Grunde nicht mehr denken kann: Japan braucht vielleicht Rußland mehr als die andern Mächte, um seine Chinaziele zu erreichen, und wirt daher den Woskauer Herren ernstgemeinte Versicherungen abzehen, sosen auch sie begreifen, was Japan wünscht. In diesem Falle geben die Engländer das Kennen auf und sübren ihren Krieg mit eigenen Mitteln auf andern Fronten.

Die neue Regierung in Totio wurde, frommen Bünschen gemäß, in den weftlichen hauptstädten als Berfuch gewertet, fich irgendwie ben Demofratien zu nähern. Schon daß neben den vier Militärs sechs "Zivilisten" als Minister auftraten, schien einen solchen Rückzug anzudeuten. Allein bei näherm Zusehen entdeckte man, daß der Premier Donai nach allen Seiten gut Wetter zu machen municht. Erftens verlangt der Moment einen neuen Handelsvertrag mit Umerifa ... der alte ift foeben abgelaufen, und wenn fein neuer möglich wird, find wirtschaftliche Erschütterungen im Infelreich unausweichlich. Zum zweiten braucht man die Wohl= gewogenheit der britischen Dominien und Riederländisch-Indiens, um allenfalls einen Teil des Schadens zu deden, den der amerikanische Handelskrieg verursachen wird. Zum dritten muß man versuchen, die Russen von Tschiang-Rai-Scheck zu trennen. Bum vierten ift die Verbefferung der Ernährungslage im eigenen Lande nicht mehr zu verzögern. Sorgen, Sorgen und nur Sorgen find es, die der Herr Yonai antritt. Und eben die Einschähung dieser Umstände läßt vermuten, England gebe auf japanische Freundschaft erst dann wieder mehr, wenn es felbst nach Freunden rennen muffe, oder allenfalls dann, wenn die Japaner von sich aus Stalin angreifen mürden. Eine ziemlich abgeschnittene Entwicklung ...! Man muß dazu noch Folgendes überlegen: Die unge-

Man muß dazu noch Folgendes überlegen: Die ungeheuren amerikanischen Marinerüstungen werben als Anzeichen einer unausweichlichen Auseinanderseung zwischen Japan und USA angesehen. Ob diese Auseinandersehung bald, das heißt noch während des jehigen Weltkrieges, losgeht, weiß man nicht, aber sie rückt in den Bereich der Möglichkeit, und das umso rascher, je mehr die Berlängerung der Chinaaffäre Japan schwächt. Ein amerikanisch-japanischer Krieg würde die Fronten des allgemeinen Krieges schließen: Westmächte und USA gegen Deutschland-Rußland-Japan. Gerade unter dieser Berspektive versteht man, warum England keinen besondern Eiser mehr zeigen kann, um Japan zu werben.

Aber wie verhält es sich denn mit den chinesischen Freundschaften? Die Schattenregierung Wang-Tsching-Weis ist in London nicht anerkannt worden. Selbstverständlich nicht. Nun hat aber auch Moskau demonstrativ erklärt, die Tschungkingregierung Tschiangs als chinesische Regierung anerkennen zu wollen. Das heißt also, daß vorderhand die Russen nicht gewillt sind, Tschiang kallen zu lassen. Japan müßte schon andere als die bisherigen Garantien geben, ehe man bereit wäre, den "Wächter im Süden" preiszugeben, dem man bisher

eine Bewahrung vor dem japanischen Ueberfall verdankte. Sind die Versuche Japans, zwischen "Komintern" und Rußland genau zu unterscheiden, schon Anzeichen dafür, daß man in Tokio ernsthafter als bisher um Moskau wersben will? Man solle den Begriff der Antikomintern nicht so auslegen, daß Rußland damit brüskiert werde; man denke ja auch nicht an Rußland, sondern nur an die deskruktiven Einstüffe des Kommunismus, stellte ein japanischer Minister sest. Der Tendenz nach heißt dies ein Angebot, eine Ausforderung an Stalin, die Freundschaft des Mikado gegen die der armen chinesischen Nationalregierung einzutauschen.

Die Lage würde sich klären, wenn Stalin diesem Werben nachgäbe; die Stellung Tschiangs würde sich kaum verschlechtern, auch moralisch nicht, wenn das junge China in die Front der "Antidiktaturen" einträte und entschlossen auf England und Amerika sehte.

Es ist noch feineswegs so weit, und es fann noch lange bei dieser komplizierten "Schachtelung der Widersprüche" bleiben. Die gemeinsame Freundschaft des Westens und Stalins sür Tschiang datiert aus der Zeit vor dem Hitlerpast Stalins, ist gleichsam noch ein nachgeschleppter Rest aus jener Zeit, da die "Antikominternmächte" auf der einen, Rußland und die Demostratien auf der andern Seite zu stehen schienen und wo Tschiang im zweiten, Japan im ersten Lager mitzählten. Ein Bruch Tschiangs mit Woskau würde eine letzte Konsequenz der stassin'schen Schwenkung pro Hitler bedeuten, und die andere Konsequenz wäre das Bündnis Woskaus mit dem Mikado . . .

Fonjallaz

Man muß sich vergegenwärtigen, welches die Gründe sein mögen für die lange Geduld, die man Fonsallaz und seinesgleichen gegenüber geübt. Es war das Jahr 1933. Der "Frontenfrühling" brach mit Macht herein. Große Kreise der Jugend, die von vielen Dingen der Bergangenheit nichts ahnten, pubelten den Namen zu, die draußen in der Welt mit Taten eingriffen und die Epoche der schön gedrechselten Phrasen abzulösen schienen. Wenn bei uns einer aufstehen würde! Man müßte ihm folgen! Weg mit den alten Parteien! Weg mit den "zersehenden Linksparteien" vor allem! Und weg mit Juden und Freimaurern ... mit den Söldlingen internationaler Geheimzirkel, in deren Händen das Geld liegt ... und darum die wirkliche Macht!

Als Fonjallaz seinen helvetischen Fascismus aufzog, galt er gleich als einer der fünstigen Führer .. wer der Führer sein würde, das wußte man nicht. Aber Fonjallaz pflegte gute Beziehungen zu jenen, die im Auslande gezeigt, wie man einen Umbruch durchführe. Warum nicht er?

Da hatten die alten Parteien einen schweren Stand. Und den allerschwersten jene, die nach "links" zogen. Jene, die in der Bergangenheit mit Woskau geliebäugelt hatten oder ihm gar durch internationale Organisation unterstellt waren. Kommunisten und Sozialdemokraten, in den Augen jener, die nicht lange unterscheiden, der "marristische Wob" schlechthin, mußten auf taube Ohren stoßen, wenn sie vor den Erneuerern warnten. Wie, die moskowitischen Söldlinge wagen es noch, zu warnen? Haben sie nicht 1918 den Generalstreit ausgelöst? Waren sie nicht im Begriffe, uns in den russischen Blutsumpf zu sühren? Wollten sie nicht, mit den Spartakisten und Besa Kun zusammen, ganz Mittel= und Westeuropa in den Bürgerkrieg stürzen? Gab es nicht einen Moment, wo die Entente mit dem Einmarsch drohte, um bei uns die Revolution zu ersticken?

Wenn die Jungen von Erneuerung sprachen und vor allem die Austilgung jener Parteien verlangten, die "staatsfeindlich eingestellt" seien, so mußte das Bürgertum mit dem einen Ohr wohlwollend zuhören. Mit dem andern Ohr freisich unmutig. Denn was sie vernehmen mußten über den "Freimaurerfreisinn im jüdischen Solde", das traf sie selbst, und die Hiebe gegen das "verjudete Rom" gab den Katholiten zu denten. Allzujugendlich, aller Schlauheit dar, richteten die Jünglinge und schon nicht mehr Ganz-Jünglinge ihre Attaken nicht nur gegen den Marrismus, sondern gegen den "ganzen Parteienklüngel"; der Mangel an Ersahrung und Einsicht ließ sie, den ausländischen Borbildern gleich, alle Begriffe durcheinander rühren und "Bolschewiki und Staatsseinde" auch dort sehen, wo sie niemals vorhanden gewesen. Wer war nicht alles "Marrist" in den Augen dieser von keiner Sachkenntnis getrübten Gehirne!

Wenn wir zurückschauen, sind wir überzeugt, daß 1933 die "Erneuerungsbewegung" ganz leichtes Spiel gehabt hätte, falls sie mit schauer Mäßigung nur auf die marristischen Varteien gehauen hätte. Es gab damals bei uns bürgerliche Blätter, die mit Wonne den Ausdruck von der "Auftrocknung des Sozialismus in Italien" prägten . . . "wie mit einem Löschblatt", und die vor 33 für Deutschland dasselbe voraussagten. Und die nun bereit waren, für unsere Verhältnisse genau dasselbe als notwendig anzuerkennen. Noch jeht kann man hören, daß die Ungültigerslärung der sozialdemokratischen und kommunistischen Nationalratsmandate an einem Faden hing.

Es kam damals der Umschwung ... man weiß eigentlich nicht wie. Und zwar ist dieser Umschwung kein einseitiger gemefen. Langsam, aber sicher, rangen sich Gewertschaften und Sozialdemofraten zur Bejahung der Landesverteidigung durch; dieses "Ja" bezog sich gewiß zunächst nur auf die Verteidigung gegen ben mobilen ausländischen Fascismus, in welchem man den einzig möglichen Angreifer sah. Auf der bürgerlichen Seite lah man, wohin die Vernichtung der Linksparteien anderwärts geführt: Man sah, wie die Bernichtungswelle langsam nach rechts übergriff und zur "Auftrochnung" selbst der allernational= sten Barteiorganisationen zugunsten der totalen Einheitspartei und des totalen Staates führte. Dieser Anschauungsunterricht führte die weit auseinanderstehenden Lager langsam zusammen und warf im Berlaufe von vier Jahren das Steuer der Politik in ungeahntem Maße herum. Die Sozialdemokraten stießen die Rommunisten mehr oder weniger entschlossen ab, und versagten sich leder Zusammenarbeit mit den moskaublinden Brüdern von vorgestern. Die Bürgerlichen ließen die Fronten ebenso fallen, als die Hoffnung auf ihre Domestizierung sich als eitel erwies. Und schon verließen die und jene Ratten die Schiffe des Extre-Mismus . . . links und rechts. Es kamen die Kommunistenverbote in den welschen Kantonen ... von Gewerkschaftsseite teilweise recht gern gesehen. Es kam die Abstohung Nicoles durch die SBS. Es famen die Austritte verschiedener Offiziere aus den "Fronten". Es kamen die Affären der "Esap" und ihrer Thefs. Es tam die Nichtwiederwahl von Altbundesrat Wusy.

Seute ist Fonjallag, einer der "besten Köpfe" in den Fronten, als Spion verhaftet. Mit ihm fein Sobn, ferner eine Reihe nicht genannter Bersonen. Die zwei in Olten verhafteten Leute gehören offenbar in denfelben Kreis. Irgendwo im Welschland wartet einer namens Paul Chour, der Fonlallaz als Landesverräter tituliert hatte, und seinerzeit zwei Monate Buchthaus dafür abbugte, auf feine Rehabilitation. Bielleicht hatte Fonjallaz seinen Berrat damals eben "noch nicht begangen", weil man Berbindungen mit ausländischen Gührern nicht als verdächtig ansah. Oder gang allgemein: Beil du jener Zeit nicht die Berbindung mit fascistisch-nationalsozialiftischen, nur die mit der mostowitischen Internationale verbächtig mar. Und weil noch tein Krieg um unsere Grenzen tobte und die Armee nicht hüten mußte, im Innern nicht und nach außen nicht. Alle Ungeduldigen und Unverantwortlichen, die im Innern nicht Anklang finden und Fiasco machen, laufen Gefahr, Berbindungen zu suchen. Das mar von jeher fo. Fonjallaz ist diefer Gefahr erlegen, wie ihr feit je alle erlagen, die labil und irgendwo im Charafter brüchig waren. Möge unsere Generation aus feinem Falle fernen: Man setze seine Hoffnung auf die Rrafte, die in der eigenen Gemeinschaft wurzeln, nie auf fremde. Und wenn man Flasco macht, suche man die Ursuche in der eigenen Unfähigkeit, die Wirklichkeit zu versteben!

"Berteilungsschlüffel"

Die kantonalen Finanzdirektoren haben zu den eidgenössischen Finanzierungsplänen Stellung genommen. Sie sind nur bedingt einverstanden mit dem, was der Bund plant. Greisen doch die vorgesehenen Steuern ties in die Kompetenzen der kantonalen Instanzen ein. Soll doch der Bund überhaupt nur indirekte Steuern erheben dürsen... die direkten sind der kantonalen Souveränität überlassen und gehören zu einem der wesentlichen Rechte, die den Föderalismus in seinem Bestande sichern. Hat man sich nicht gegen alse Projekte gewehrt, die eine "direkte Bundessteuer" vorsahen, und haben sich nicht gerade die Soziasbemostraten als Antisöderalisten dokumentiert, weil sie mit derartigen Forderungen ausgetreten?

Als die Finanzdirektoren am 2. Februar in Bern tagten, machten sie zuhanden der Eidgenossenschaft verschiedene wichtige Feststellungen. Einmal mußten sie in Erinnerung rusen, daß die kantonalen Finanzen bereits jetzt, im ersten Halbjahr der Mobilisation, unter Desiziten leiden, die das übliche Maß überschreiten. Mobilisation und Kriegssürsorge reißen gewaltige Lücken. Und wie den Kantonen, ergeht es den Gemeinden. Man könnte sich in Details einlassen und von den großen Stadtgemeinden, aber auch von Berggemeinden sprechen, die man über den Allgemeinsorgen kaum beachtet ... wir stellen sest, daß ganz bestimmt Alarmruse ertönen werden.

Die kantonalen Finanzer müssen überdies von Mindere einnahmen berichten, von zurückgehenden Steuern und Gebühren, von den verminderten Steuerobjekten, den Wotorsfahrzeugen. Sie müssen berichten über unbeachtete Kleinigkeiten, wie z. B., daß insolge von Jagdverboten eben auch keine Jagdgebühren einlausen, daß Fischerei und Billettskeuerwesen nichts oder weniger abwersen. Alles summiert sich ... und die Wahreheit liegt am Tage, daß verminderte wirtschaftliche Tätigkeit eben eine Verminderung der öffentlichen Einnahmen bedeutet.

Die Finanzdirektoren machen darum die Eidgenossenschaft darauf ausmerksam, daß sie ihnen die Mittel gewährleisten müsse, die zur Deckung der Mobilisationsdesizite notwendig seien. Sie stellen aber zugleich sest, daß in den hisher bekannt gegebenen Finanzierungsplänen des Bundes diese Forderungen der Kantone nicht erfüllt seien. Es sei aber Ausgabe des Bundes, in diesem Sinne zu handeln, und zwar, weil er so umfänglich in die kantonale Steuerhoheit eingegriffen habe.

Am meisten beschäftigt das Wehropfer die Finanzdirektoren der Kantone, namentlich der steuerkräftigen Kantone
mit den großen Städten. Basel bleibt also mit seinen Klagen
nicht allein. Auch die Zürcher haben sich gemeldet. Aber auch
die Wehrsteuer, Umsatzteuer und die Ausgleichssteuer auf den
Löhnen kommen den Kantonen gar nicht gelegen. Das zeißt,
sie müssen ihren Anteil daran verlangen.

Die Borschläge der kantonalen Finanzdirektorenkonserenz an die Eidgenossenschaft laufen auf einen gesetzlichen "Berteilungsschlüssel" hinaus. Ein "Finanzausgleich", so sagen sie, müsse kommen, eine systematische Regelung der beidseitigen Anteile. Was der Bünd heute, im Drange der Nat, plane, könne nur ein Provisorium sein, nicht mehr. Ein Definitivum, das sich auf die Reihe der Johre erstrecke, während welcher man die gegenwärtigen Schulden zu tilgen habe, müsse dem Provisorium solgen.

Auch was die Direktoren nun selbst praktisch fordern, hat Provisoriumscharakter, ist aber doch grundlegend gedacht. Der Bund solle den Kantonen 30 % der Wehrsteuer uberlassen. Ferner 100 Millionen aus dem Währungs-ausgleichsfonds. Wenn diese beiden Zuwendungen erssigen, wollen sie mit 10 % des Wehropfer-Ertrages. Wenn aber der Bund den kantonalen Erfordernissen nicht entspreche, so müßten die Kantone "alle Vorbehalte anbringen".